

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/006(VI)/15			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 27.01.2015	Altes Rathaus Hansesaal	16:30Uhr	17:15Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.01.15
- 4 Informationen
- 4.1 Umsetzungsstand Magdeburger Aktions- und Maßnahmenplan zur UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
BE: Dez. V/02 I0350/14
- 5 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Heynemann, Bernd

Mitglieder des Gremiums

Schindehütte, Gunter

Hausmann, Christian

Mewes, Hans-Joachim

Schulz, Jenny

i. V. für Stadtrat Müller

Sachkundige Einwohner/innen

Köhler, Joachim Dr.

Löhr, Rainer

Geschäftsführung

Knobbe, Diana

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Kräuter, Günther

Müller, Oliver

Canehl, Jürgen

entschuldigt

entschuldigt

Sachkundige Einwohner/innen

Osselmann, René

Verwaltung/Gäste:

Frau Sapandowski, V/02

Herr Krüger, FBL 40

Frau Grützner, FB 40

Herr Pischner, Behindertenbeauftragter

Frau Kalina-Weigelt, Stadtelternrat

Frau Steigert, Stadtelternrat

Herr Hubold, Stadtelternrat

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Stadtrat Müller und Stadtrat Canehl sind entschuldigt. Für Stadtrat Müller nimmt Stadträtin Schulz an der Sitzung teil.

Der Ausschussvorsitzende teilt offiziell mit, dass ab Februar 2015 Frau Diana Knobbe die Geschäftsführung des Ausschusses BSS übernimmt. Stadtrat Heynemann verabschiedet Frau Grützner und dankt ihr für die jahrelange geschäftsführende Begleitung des Ausschusses.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird unverändert bestätigt.

Abstimmungsergebnis: **5:0:0**

3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.01.15

Die Niederschrift der Sondersitzung vom 13.01.2015 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **4:0:1**

4. Informationen

- | | | |
|------|--|----------|
| 4.1. | Umsetzungsstand Magdeburger Aktions- und Maßnahmenplan zur UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen | I0350/14 |
|------|--|----------|
-

Frau Sapandowski von der Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung bringt die Information ein und erläutert, dass der Magdeburger Aktions- und Maßnahmenplan 2011 von einer Projektgruppe unter Einbeziehung des Behindertenbeauftragten, Herrn Pischner, erarbeitet wurde. Dazu fanden zwei Workshops unter Beteiligung der Verwaltung, der Träger und der Betroffenen selbst statt.

Die Leitlinien wurden mit insgesamt 85 Maßnahmen aus allen Dezernaten der Landeshauptstadt Magdeburg untersetzt. Im Jahr 2014 wurde in den einzelnen Dezernaten abgefragt, wie die Maßnahmen umgesetzt werden sollen oder bereits umgesetzt wurden.

Der Erfüllungsstand lässt sich aus der Anlage der Informationsvorlage ablesen. Frau Sapandowski teilt mit, dass 4 Maßnahmen nicht umzusetzen sind, alle anderen Maßnahmen sind umgesetzt bzw. teilweise umgesetzt. Sie informiert, dass in die Planungen der Landeshauptstadt Magdeburg die Belange der Betroffenen von vornherein berücksichtigt werden. Dieser Prozess wird über viele Jahre fortgeführt, um die Teilhabe der Menschen zu verbessern. Hier müssen aber auch zur Weiterführung Personal und Kosten stärker in den Mittelpunkt rücken. Positiv nennt Frau Sapandowski das neue Kursangebot der Volkshochschule „Barrieren abbauen im Behördenalltag“, in dem die Mitarbeiter der Verwaltung sensibilisiert werden sollen, mit behinderten Menschen besser umzugehen.

Stadtrat Heynemann fragt nach, wieso in der Anlage der Information 83 Maßnahmen benannt sind, das Dezernat V jedoch von 85 Maßnahmen spricht. Frau Sapandowski erläutert, dass es Anträge aus den Ausschüssen gab und diese Maßnahmen ergänzt wurden.

Stadtrat Schindehütte fragt in diesem Zusammenhang zu Punkt 3 der Anlage („Sensibilisierung der Mitarbeiter der Verwaltung...“) nach, ob es im Umgang mit behinderten Menschen in der Verwaltung Probleme gibt. Herr Pischner teilt mit, dass bei Behördengängen von behinderten Menschen mit Begleitung oft nur die Begleitperson als Ansprechpartner diene. Stadtrat Hausmann sieht es als eine sehr wichtige Maßnahme an, dass die Mitarbeiter/innen der Verwaltung für solche Situationen sensibilisiert werden, um den Umgang hier besser und optimaler zu gestalten.

Zu Punkt 7 der Anlage („...Aufklärungs- und Informationsarbeit an Schulen...“) fragt Stadtrat Hausmann nach, ob die zuständigen Träger der Schulen und Kindertageseinrichtungen in die Bemühungen mit einbezogen werden. Frau Sapandowski erklärt, dass dies teilweise umgesetzt wird. Es wurden den Trägern Angebote unterbreitet, von den Schulen z. B. aber fast keine Rückmeldungen zum Bedarf eingegangen sind. Herr Pischner informiert, dass bei konkreten Anfragen der Schulen diese aufgesucht werden.

Stadtrat Mewes fragt, ob bezüglich der Inanspruchnahme des persönlichen Budgets (Punkt 11 der Anlage) Zahlen in der Verwaltung bekannt sind. Er sieht bei der Beantragung für die Betroffenen hier einen hohen bürokratischen Aufwand. Hier können Hilfestellungen bei der Beantragung genutzt werden. Besonders bei Menschen mit einem sehr hohen Pflegebedarf reicht das Budget oftmals nicht aus. Es sollten Regelungen zur Unterstützung und einer möglichen Assistenz angestrebt werden.

Stadtrat Schindehütte fragt in diesem Zusammenhang nach, ob Probleme mit Integrationshelfern bekannt sind. Herr Pischner verweist auf Einzelfälle. Die Probleme liegen häufig darin begründet, dass die Integrationshelfer auf Basis eines geringfügig Beschäftigten oder als Freiwilligendienst arbeiten. Daher rührt dann oft auch ein Wechsel der Bezugsperson. Besser wäre hier sicherlich, Integrationshelfer auf dem normalen Arbeitsmarkt anzusiedeln.

Zum Thema „Besondere Belange behinderter Menschen mit Migrationshintergrund“ (Punkt 12 der Anlage) fragt Stadtrat Heynemann nach, ob es dafür besondere Konzepte gibt oder diese in der momentanen Planung mit enthalten seien. Frau Sapandowski erklärt, dass zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Konzeptes dies noch nicht abzusehen war und somit nicht eingearbeitet worden ist. In der Fortschreibung des Konzeptes soll dieser Umstand dann berücksichtigt werden.

Stadtrat Schindehütte verweist darauf, dass zwar die Räumlichkeiten durch die Verwaltung zur Verfügung gestellt werden müssen, die Verantwortlichkeit aber beim Land Sachsen-Anhalt liege.

Stadträtin Schulz fragt bezüglich des Punktes 70 der Anlage „Prüfen der Umsetzbarkeit der barrierefreien Gestaltung von Bescheiden“ nach, wie in der Verwaltung damit umgegangen wird. Herr Pischner erläutert, dass Bescheide in einer zur Kenntnis nehmbarer Form zur Verfügung zu stellen sind, d. h. sie sollten verständlich, lesbar und logisch aufgebaut sein. Frau Sapandowski erklärt, dass hier mit der KID Kontakt aufgenommen werden müsste, um hier eine Umsetzung zu prüfen.

5. Verschiedenes

- Im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte des Stadtrates 2014 bezüglich der Umschichtung von Mitteln für Schulen fragt Stadtrat Mewes nach der Bundesinitiative „Schönster Schulhof“, bei der es bundesweit ein Preisgeld in Höhe von 200.000 EUR zu gewinnen gibt. Hier soll eine Aufforderung von MdB Lischka verschickt worden sein. Es gibt dazu Rückfragen von Schulen. Der Stadtelternrat informiert, dass dies hier nicht bekannt sei. Herr Krüger, FBL 40, erklärt, dass das Modell im Allgemeinen bekannt ist, ihm aber keine Resonanz bekannt sei. Er erläutert, dass durch die Verwaltung für die Schulhöfe Fördermittel beantragt werden. Stadtrat Schindehütte verweist darauf, dass bei einer Fördermittelversagung nochmals neu versucht werden sollte, Finanzmittel zu beantragen.
Stadtrat Heynemann schlägt in diesem Zusammenhang vor, hier ein Zeichen zu setzen und eine der Ausschusssitzungen in der Jahresmitte oder im Frühherbst in einer Schule abzuhalten. Er bittet zur nächsten Sitzung um Vorschläge, wo die Sitzung stattfinden könnte, damit ein Tagungsort festgelegt werden kann.
- Herr Hubold vom Stadtelternrat informiert, dass von fünf Schulen akuter Lehrermangel beklagt wurde. Dies wurde an das Land Sachsen-Anhalt weitergeleitet, allerdings gab es keine Reaktion darauf.
Stadtrat Heynemann verwies darauf, dass das Land Sachsen-Anhalt gemäß der Schulpflicht hier in der Verantwortung steht, die Kinder entsprechend Plan zu unterrichten.
- Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 17.02.2015, 16:30 Uhr, im Hansesaal statt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Bernd Heynemann
Vorsitzende/r

Diana Knobbe
Schriftführer/in